

MORNING NEWS

23. Februar 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	25.260,69	217,12	0,87	25.043,57	DJ 30	49.625,97	230,81	0,47	49.395,16
MDAX	31.823,39	344,38	1,09	31.479,01	NASDAQ	25.012,62	215,28	0,87	24.797,34
TEC DAX	3.696,53	-12,38	-0,33	3.708,91	Nikkei 225	Börse	geschl.		
Euro Stoxx50	6.131,31	71,69	1,18	6.059,62	Hang Seng	26.979,96	566,61	2,15	26.413,35
Bund Future	129,49	0,15	0,12	129,34	Euro / US-\$	1,1819	0,00	0,30	1,1784
Gold in US-\$	5.158,66	51,21	1,00	5.107,45	Öl (Brent) US-\$	71,03	-0,73	-1,02	71,76
Bitcoin / US-\$	64.976,56	-2.605,85	-3,86	67.582,41	Ethereum / US-\$	1.864,28	-85,82	-4,40	1.950,10

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	25.073	-187
NASDAQ Future	24.837,50	-230,00

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	171,40	-2,40	-0,01	173,80	202,59	1.657.351,00
Nokia OJ	6,57	0,11	0,02	6,46	7,77	70.938.357,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
Halla	HLE.DE	Umsatz Q4	07:00	n/a
Europäische Unternehmen	Enel (10:00 Capital Markets Day),			

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Ifo Geschäftsklima	Februar	10:00	88,3 (87,6)
D	Ifo Geschäftslage	Februar	10:00	86,2 (85,7)
D	Ifo Geschäftserwartungen	Februar	10:00	90,0 (89,5)
USA	CFNA Index	Januar	14:30	-0,08 (-0,04)
USA	Auftragseingang Industrie	Dezember	16:00	-0,7% (2,7%)
USA	Auftragseingang langlebiger Güter, final	Dezember	16:00	-1,4% (-1,4%)
USA	Auftragseingang langlebiger Güter ex transport, final	Dezember	16:00	0,9% (0,9%)
USA	Dallas Fed Verarbeitende Industrie	Februar	16:30	-0,8 (-1,2)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,54 (1,29)	10-jährige Bonds	-0,078	4,08%
Volumen NASDAQ	8,04 (6,97)	30-jährige Bonds	-0,344	4,72%

()=Vortag

Das **Urteil des Obersten Gerichtshofs** gegen die **Zollpolitik von US-Präsident Donald Trump** hat die US-Börsen zum Wochenausklang angeschoben. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss am Freitag 0,5 Prozent höher bei 49.629 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 rückte um 0,7 Prozent auf 6910 Zähler vor. Der Index der Technologiebörse Nasdaq gewann 0,9 Prozent auf 22.890 Punkte.

Der **Supreme Court** hatte zuvor mit einer konservativen Mehrheit von sechs zu drei Stimmen entschieden, dass **Trumps im vergangenen Jahr verhängte globale Zölle unzulässig** seien. Die Regierung hatte die Abgaben damals mit einem Notstandsgesetz begründet. Trump bezeichnete das Urteil als "Schande". Er kündigte im Gegenzug an, für 150 Tage einen globalen Zoll von zehn Prozent zu erheben. Dabei berief er sich auf Abschnitt 122 des Handelsgesetzes von 1974 ("Trade Act"). "Dieses Urteil hat weitreichende Konsequenzen für die Grenzen der Macht des US-Präsidenten und die Machtteilung zwischen Legislative und Exekutive, wirkt aber auch als makroökonomischer Katalysator für Aktien, Anleihen, Währungen und den globalen Handel", sagte Rob Burdett, Investmentexperte bei Nedgroup Investments.

Tausende Unternehmen weltweit hatten gegen die Maßnahmen geklagt und eine Rückerstattung der von ihnen gezahlten Abgaben gefordert. Rückzahlungen könnten zu einem höheren Defizit in der Staatskasse und einer möglichen Verschlechterung der Kreditbewertungen für die USA führen, sagte Phil Blancato, Chefmarktstrategie bei Osaic. Ein Anstieg der Bondrenditen könnte einen "erheblichen Gegenwind für die Märkte" erzeugen, warnte Eddie Ghabour, Chef von KEY Advisors Wealth Management.

Anleger zeigten sich erleichtert, dass die von Trump neu angekündigten Abgaben nicht höher ausfielen. "Heute wurde eine gewisse Unsicherheit beseitigt, und wir gehen zur nächsten Phase über", sagte Mike Dickson, Strategiechef bei Horizon Investments. Tausende Unternehmen weltweit hatten gegen die ursprünglichen Zölle geklagt. Ökonomen des Penn-Wharton Budget Model schätzen, dass nun Zolleinnahmen von mehr als 175 Milliarden Dollar zurückgezahlt werden müssen.

Gefragt waren am Freitag vor allem die Schwergewichte der Technologiebranche wie die Google-Mutter **Alphabet** (plus 4 Prozent), **Amazon** (plus 2,6 Prozent) und **Apple** (plus 1,5 Prozent). Auch Aktien von Unternehmen, die unter den Zöllen gelitten hatten, legten zu. Dazu gehörten der Online-Möbelhändler **Wayfair** (plus 2,3 Prozent) und der Luxus-Einrichter **RH** (plus 1,5 Prozent).

Akamai Technologies stürzte dagegen um 14 Prozent ab. Der Cloud-Dienstleister hatte für das erste Quartal einen bereinigten Gewinn in Aussicht gestellt, der unter den Markterwartungen lag.

Konjunkturdaten lieferten ein gemischtes Bild. Das **US-Wirtschaftswachstum** verlangsamte sich im vierten Quartal stärker als erwartet, während die **Inflation** im Dezember anzog. Händler sehen laut dem FedWatch-Tool der CME eine Wahrscheinlichkeit von gut 50 Prozent, dass die US-Notenbank Fed ihre Leitzinsen bis zur Sitzung im Juni senken wird.

Mit Spannung warten Investoren nun auf die Quartalszahlen von Nvidia am kommenden Mittwoch. Diese gelten als Gradmesser für den Boom bei Künstlicher Intelligenz (KI).

US Unternehmen

Vietnamesische Fluggesellschaften wollen 90 Flugzeuge von **Boeing** im Wert von mehr als 30 Milliarden Dollar kaufen. Vor dem Hintergrund dieses Geschäfts stellte US-Präsident Donald Trump dem vietnamesischen Staatschef To Lam bei einem Treffen im Weißen Haus einen leichteren Zugang zu US-Spitzentechnologie in Aussicht. Er werde sich dafür einsetzen, die Exportbeschränkungen für US-Technologie nach Vietnam aufzuheben, hieß es am Freitag in einer Zusammenfassung des Gesprächs auf der Nachrichten-Webseite der vietnamesischen Regierung (Reuters).

Marktmeldungen

In **Russland, Japan** und **China** bleiben die Börsen heute aufgrund eines **Feiertags** geschlossen.

Die **CDU** hat ihren Vorsitzenden **Friedrich Merz** beim Parteitag in Stuttgart mit einem überraschend guten Ergebnis für zwei Jahre wiedergewählt. Für den 70-Jährigen stimmten 878 Delegierte. Es gab 85 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen. Die CDU, die anders als andere Parteien Enthaltungen nicht wertet, errechnete daraus ein Ergebnis von 91,17 Prozent. Enthaltungen mitgerechnet, betrug das Ergebnis 89,87 Prozent (dpa/AFX).

Die **CDU** positioniert sich gegen weitere Lockerungen der **Schuldenbremse** im Grundgesetz. "Eine "Modernisierung der Schuldenbremse", wie sie im Koalitionsvertrag genannt wird, darf nicht in ihrer weiteren Aufweichung bestehen", heißt es in einem von der Jungen Union eingebrachten Antrag, den der Parteitag in Stuttgart annahm (dpa/AFX).

SPD-Fraktionschef Matthias Miersch hat ungeachtet skeptischer Töne von Bundeskanzler Friedrich Merz auf der vereinbarten Reform der **Schuldenbremse** beharrt. "Das ist Vertrag und der gilt", sagte Miersch am Sonntag im "Bericht aus Berlin" der *ARD*. Im Koalitionsvertrag sei vereinbart worden, dass Investitionen möglich sein müssten und sich der Staat nicht selbst stranguliere. Dies sei kein Selbstzweck. "Wir sehen ja auch, dass die Ökonomen alle sagen, wir haben uns in den letzten Jahren viel zu sehr stranguliert", fügte Miersch hinzu. Als Konsequenz nannte er den schlechten Zustand der Bahn und vieler Schulen. Man müsse nun die Vorschläge der Kommission abwarten, er sei guten Mutes, dass eine gemeinsame Entscheidung gelinge.

Kanzler Friedrich Merz will Bürgerinnen und Bürgern bis Ende Dezember die geplanten **Sozialreformen** bei **Rente**, **Krankenversicherung** und **Pflege** präsentieren. "Der Zeitplan ist bestimmt, der ist verabredet", sagte der CDU-Vorsitzende nach dem Bundesparteitag in Stuttgart dem Sender *RTL/n-tv*. Ende März bekomme man die Vorschläge zur Reform der Pflege und der Krankenversicherung, Ende Juni die Vorschläge der Rentenreformkommission.

EZB-Präsidentin Christine Lagarde hat einen Medienbericht über einen **angedachten vorzeitigen Rückzug** erneut nicht klar zurückgewiesen. Lagarde sagte am Sonntag dem US-Sender *CBS*, man habe bei der EZB viel erreicht und das müsse konsolidiert werden. "Meine Grundannahme ist, dass dies bis zum Ende meiner Amtszeit dauern wird", fügte sie hinzu.

US-Präsident Donald Trump erhöht seinen erst am Freitag angekündigten **Global-Zoll** gleich weiter von zehn auf 15 Prozent. Der neue Satz sei rechtlich zulässig und gelte ab sofort, schrieb Trump am Samstag auf seiner Plattform Truth Social. Er erklärte zudem, das Gesetz erlaube ihm diesen Schritt für 150 Tage und in dieser Zeit werde seine Regierung daran arbeiten, neue und "rechtlich zulässige" Zölle zu erlassen (Reuters).

Nach der **Entscheidung des obersten US-Gerichtshofs** gegen die **Zollpolitik** von **Präsident Donald Trump** versuchen die EU und andere Länder, die genauen Folgen für die globale Wirtschaft abzuschätzen. Im EU-Parlament ist am Montag eine Sondersitzung des Rechtsdienstes und des Verhandlungsteams, das für ein Zollabkommen zwischen den USA und der EU zuständig war, geplant. Zudem will Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) bei seinem Besuch in wenigen Tagen in Washington mit Trump über dessen Zollpolitik sprechen (dpa/AFX).

Nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs gegen die **Zollpolitik** von **US-Präsident** Donald Trump halten die **Handelspartner** der USA Regierungsangaben zufolge an **bestehenden Abkommen** fest. Niemand sei an ihn herangetreten, um einen Deal aufzukündigen, sagte der US-Handelsbeauftragte Jamieson Greer am Sonntag dem Sender *CBS*. Er habe bereits mit seinem Amtskollegen aus der Europäischen Union gesprochen. Die Partner wollten zunächst abwarten, wie sich die Situation entwickle. Greer bekräftigte, die USA würden an den getroffenen Vereinbarungen, einschließlich denen mit der EU, festhalten und erwarteten dies auch umgekehrt. Unklarheit herrscht noch über **mögliche Rückzahlungen von Zöllen** nach dem Gerichtsurteil. Darüber müssten nun untergeordnete Gerichte entscheiden, sagte US-Finanzminister Scott Bessent dem Sender *CNN*. Dies könne Wochen oder Monate dauern. Die Zoll-Einnahmen dürften jedoch stabil bleiben, prognostizierte Bessent auf Fox News. (Reuters).

Die **Europäische Kommission** verlangt von den **USA** angesichts der entstandenen Unklarheiten in der **US-Zollpolitik**, eine vereinbarte Zollobergrenze von 15 Prozent in jedem Fall nicht zu überschreiten. EU-Produkte müssten von einer möglichst wettbewerbsfähigen Behandlung profitieren, teilte die Brüsseler Behörde mit (dpa/AFX).

China hat nach einem Urteil des Obersten US-Gerichts zu Zöllen eine umfassende Prüfung der Auswirkungen angekündigt. Die **Regierung in Washington** solle ihre einseitigen **Zollmaßnahmen** gegen **Handelspartner** aufheben, teilte das chinesische Handelsministerium am Montag mit. "Einseitige Zölle der USA verstoßen gegen internationale Handelsregeln und US-amerikanisches Recht und sind nicht im Interesse einer der Parteien", fügte das chinesische

Ministerium hinzu. China werde die weitere Entwicklung genau beobachten und seine Interessen entschlossen schützen (Reuters).

US-Finanzminister Scott Bessent rechnet für das Jahr 2026 mit einem **Wirtschaftswachstum** von mindestens 3,5 Prozent. "Es war dieser längste 'Shutdown' der Geschichte, der das vierte Quartal einbrechen ließ", sagte Bessent am Freitag auf *Fox News*. Er führte das deutlich schwächere Wachstum von 1,4 Prozent zudem auf hohe Abschreibungen bei US-Autobauern zurück, ohne die das Bruttoinlandsprodukt demnach um ein bis zwei Prozentpunkte stärker gewachsen wäre (Reuters).

US-Sicherheitsbeamte haben am Sonntag einen **bewaffneten Mann** erschossen, der unbefugt in die **Sperrzone des Anwesens von Präsident Donald Trump** in Florida einzudringen versuchte. Trump selbst hielt sich zu dem Zeitpunkt in Washington auf. Der Vorfall am Mar-a-Lago-Club in Palm Beach ereignete sich gegen 01.30 Uhr Ortszeit (07.30 Uhr MEZ), wie Sheriff Ric Bradshaw auf einer Pressekonferenz mitteilte. Der Mann habe auf Anweisung zwar einen Benzinkanister abgestellt, dann aber eine Schrotflinte angelegt. Daraufhin hätten zwei Beamte des Secret Service und ein Polizist das Feuer eröffnet. Angaben zum möglichen Motiv wurden zunächst nicht gemacht (Reuters).

Grönland hat das **Angebot von US-Präsident Donald Trump** zur Entsendung eines **Lazarettschiffs** zurückgewiesen. Ministerpräsident Jens-Frederik Nielsen lehnte den Vorschlag am Sonntag ab und verwies auf die funktionierende Gesundheitsversorgung der Insel. "Die Idee von Präsident Trump, ein amerikanisches Lazarettschiff hierher nach Grönland zu schicken, ist zur Kenntnis genommen worden", schrieb Nielsen auf Facebook. "Aber wir haben ein öffentliches Gesundheitssystem, in dem die Behandlung für die Bürger kostenlos ist." Trump hatte am Samstag in den sozialen Medien angekündigt, er arbeite mit dem Gouverneur von Louisiana, Jeff Landry, zusammen, um ein Schiff zu entsenden. Dies solle "die vielen kranken Menschen versorgen, die dort vernachlässigt werden". Trumps Ankündigung erfolgte wenige Stunden, nachdem ein **Besatzungsmitglied eines US-U-Boots** vor der Küste der Hauptstadt **Nuuk** aus medizinischen Gründen evakuiert werden musste. Ob ein Zusammenhang zwischen dem Vorfall und Trumps Post besteht, war zunächst unklar. Man habe ein Besatzungsmitglied, das dringend medizinische Hilfe benötigte, aus einem US-U-Boot in grönländischen Gewässern evakuiert, teilte das Joint Arctic Command, das Teil der dänischen Streitkräfte ist, am Samstag mit. Ein Hubschrauber des dänischen Verteidigungsministeriums habe die Person abgeholt. Sie sei dann an die grönländischen Gesundheitsbehörden und die Klinik in Nuuk übergeben worden (Reuters).

In den laufenden Verhandlungen mit Teheran erwägt **US-Präsident Donald Trump** Medienberichten zufolge einen **begrenzten Militärschlag** im **Iran**, um den Druck auf die Gegenseite zu erhöhen. Auf eine entsprechende Frage antwortete der Republikaner: "Ich denke, ich kann sagen, dass ich das in Erwägung ziehe." Das berichteten unter anderem das "Wall Street Journal" und der US-Sender *CNBC*.

Der **Iran** hat einem Insider zufolge signalisiert, in den **Atom-Gesprächen** mit den **USA** zu **Zugeständnissen** bereit zu sein. Im Gegenzug müssten aber die Sanktionen aufgehoben und Irans Recht auf Urananreicherung anerkannt werden, sagte ein hochrangiger iranischer Beamter der Nachrichtenagentur Reuters. So biete der Iran US-Unternehmen die Möglichkeit, als Auftragnehmer an den großen Öl- und Gasindustrien des Iran teilzuhaben. "Im Rahmen des derzeit verhandelten Wirtschaftspakets wurden den Vereinigten Staaten auch Möglichkeiten für ernsthafte Investitionen und konkrete wirtschaftliche Interessen in der iranischen Ölindustrie angeboten", so der Insider (Reuters).

Ungarn will das **geplante 20. Sanktionspaket** der **Europäischen Union** gegen **Russland** blockieren. Außenminister Peter Szijjarto kündigt auf der Plattform X an, sein Land werde dem Vorhaben beim Treffen der EU-Außenminister am Montag nicht zustimmen. "Solange die Ukraine den Öltransit nach Ungarn und in die Slowakei über die Druschba-Pipeline nicht wieder aufnimmt, werden wir keine Entscheidungen zulassen, die für Kiew wichtig sind", schreibt Szijjarto (Reuters).

Die **trilateralen Gespräche** zwischen **Russland**, der **Ukraine** und den **USA** könnten schon in den kommenden Tagen in die nächste Runde gehen. Das berichtete die russische Staatsagentur Tass unter Berufung auf einen nicht näher genannten Informanten in Moskau. Demnach könnten die Unterhändler schon am 26. Februar in Genf zu einer vierten

Gesprächsrunde zusammenkommen. Aus Kiew und Washington gab es dazu vorerst keine Bestätigung. Am 24. Februar ist der vierte Jahrestag der von Kremlchef Wladimir Putin befohlenen Invasion des Nachbarlands (dpa/AFX).

Bei der **Detonation mehrerer Sprengsätze** in der westukrainischen Stadt **Lwiw** sind nach Angaben der Behörden ein Polizist getötet und 24 weitere Menschen werden verletzt. Der Bürgermeister von Lwiw, Andrij Sadowyj, spricht von einem Terrorakt. Die erste Explosion habe ereignet sich, als nach einem mutmaßlichen Einbruch eine Polizei streife eingetroffen sei, teilt die Nationalpolizei auf Telegram mit. Wenig später sei eine zweite Detonation gefolgt. Es habe sich um selbstgebaute Sprengsätze gehandelt. Einzelheiten werden zunächst nicht bekannt (Reuters).

Die **Ukraine** meldet einen **russischen Angriff** mit zahlreichen Kampfdrohnen, Raketen und Marschflugkörpern. Die Attacke in der Nacht habe erneut auf die Energieinfrastruktur gezielt, erklären das ukrainische Militär und örtliche Behörden. Im Visier seien vor allem **Kiew**, der Schwarzmeerhafen **Odessa** und die **Zentralukraine** gewesen (Reuters).

Ein **ukrainischer Raketenangriff** hat in der russischen Region **Belgorod** Behörden zufolge die Energieinfrastruktur schwer beschädigt. In Wohnhäusern gebe es Unterbrechungen bei der Strom-, Wasser- und Wärmeversorgung, teilte Gouverneur Wjatscheslaw Gladkow auf dem Kurznachrichtendienst Telegram mit. Betroffen seien die Stadt Belgorod, die 40 Kilometer von der Grenze zur Ukraine entfernt liegt, und die umliegende Region. Das genaue Ausmaß der Schäden solle bei Tagesanbruch ermittelt werden (Reuters).

Ein **ukrainischer Angriff** auf die **Energieinfrastruktur** im russisch besetzten Teil der Region **Saporischschja** führt nach russischen Angaben zu einem Stromausfall. Es sei der zweite Stromausfall am Sonntagmorgen, teilt der von Russland eingesetzte Gouverneur Jewgeni Balizki mit. Zwischenzeitlich sei die Versorgung für etwa die Hälfte der Region wiederhergestellt worden. Im ebenfalls russisch kontrollierten **Luhansk** geriet nach Angaben des dortigen Vertreters Russlands, Leonid Pasetschnik, ein Treibstofflager nach einem ukrainischen Drohnenangriff in Brand (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Der Autohersteller **BMW** streicht im Zuge der Modellpflege des 7er-Flaggschiffs April den Fahrassistenten Personal Pilot L3 aus dem Angebot und zieht sich damit vorerst von **Systemen auf Level 3** des automatisierten Fahrens zurück. Das bestätigte ein Sprecher auf Anfrage. Zuvor hatte bereits Mercedes-Benz den Drive Pilot aus dem Angebot der überarbeiteten S-Klasse genommen. Beide Hersteller hatten für sich reklamiert, als erste Autobauer weltweit eine behördlich genehmigte Level-3-Funktion eingeführt zu haben. Level 3 erlaubt es Fahrern, sich bei aktiviertem System anderen Tätigkeiten zu widmen; die Verantwortung trägt in dieser Phase der Hersteller. Als Gründe für den Rückzug nennt BMW einen begrenzten Kundennutzen und geringe Nachfrage (Automobilwoche).

Gesundheitswesen

Novartis hat mit dem US-Biotech-Unternehmen **Unnatural Products** (UNP) im Bereich Peptid-Therapeutika eine **Lizenzvereinbarung** und **Forschungskooperation** abgeschlossen. Im Rahmen der Vereinbarung, die einen Gesamtwert von 1,7 Milliarden US-Dollar umfasst, erhält UNP bis zu 100 Millionen Dollar als Vorauszahlung, wie es in einer Mitteilung vom Freitagabend hieß (dpa/AFX).

Medien

Ein **Mindestalter** für **soziale Medien** wie Tiktok und Instagram zum Schutz von Kindern und Jugendlichen rückt immer näher. Nach der SPD plädiert nun auch die **CDU** dafür. Der Parteitag in Stuttgart nahm einen Antrag an, der die Bundesregierung auffordert, "eine gesetzliche Altersgrenze von 14 Jahren für die Nutzung sozialer Netzwerke einzuführen". Sie wird außerdem aufgefordert, das "besondere Schutzbedürfnis bis zum 16. Lebensjahr im digitalen Raum" auszugestalten (dpa/AFX).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Bis zu zehn Milliarden Euro soll das neue **Satellitensystem der Bundeswehr** kosten. **Airbus** wirbt mit seiner Expertise und bietet an, eine neue Endmontage in Deutschland aufzubauen. Die Angebotsaufforderung wird in Kürze erwartet, der Auftragswert auf bis zu zehn Milliarden Euro veranschlagt. "SATCOMBw 4 ist das größte deutsche Space-Programm aller Zeiten", sagte ein Airbus-Sprecher (Frankfurter Allgemeine Zeitung).

Technologie

Bundesdigitalminister Karsten Wildberger geht davon aus, dass steigender **Strombedarf** durch **KI** in den kommenden Jahren über die aktuelle Versorgung gedeckt werden kann. Längerfristig brauche man andere Lösungen, sagte der CDU-Politiker der *Deutschen-Presse-Agentur* zum Abschluss des KI-Gipfels in Neu-Delhi, ohne konkreter zu werden.



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

